

HEUTE
18.11.2016

Der Blattmacher empfiehlt



Andreas Schaffner

Wie schwer wiegen die Nebenwirkungen des Inländervorrangs? Konkret: **Wie gross ist der bürokratische Aufwand für die Firmen** bei den vorliegenden Konzepten des Nationalrates und der **Staatspolitischen Kommission des Ständerates**? Dieser Frage geht mein Kollege Jonas Schmid von der Bundeshausredaktion auf Seite 3 nach. Vor allem der Vorschlag der Ständeratskommission wird **von den Wirtschaftsverbänden** kritisiert. Gut möglich, dass es **im Dezember also zu Abstrichen** kommt. Spätestens dann also, wenn beide Kammern ihre Differenzen bereinigen müssen.

Frage des Tages

Befürchten Sie einen Eingriff in die Privatsphäre durch den Einsatz von Drohnen?

Ja **Nein**

Stimmen Sie online ab unter

www.aargauerzeitung.ch

www.bzbase.ch

www.baselandschaftliche.ch

www.solothurnerzeitung.ch

www.grenchnerzeitung.ch

www.limmattalerzeitung.ch

www.oltnerzeitung.ch

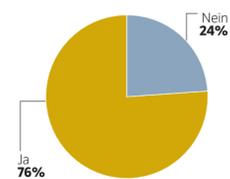
Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort

«Tagesfrage»

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Befinden wir uns in einem Propagandakrieg mit Russland?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/media/thek/videos



Dieser Mann stellt den wohl britischsten Weltrekord auf.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Hagebutten-Vanille-Tee

Zutaten

für 2 Portionen

2 Beutel Hagebutten-Tee
½ Vanillestängel
1 Orange
1 Esslöffel Honig

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken. SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo

Propagandareise nach Moskau Schweizer Journalisten tauchen in die Parallelwelt ein

Putins Kampf um die Wahrheit

Russlands Regierung lädt Journalisten ein, um ihr Image aufzupolieren - und heizt den Konflikt mit dem Westen an

VON DENNIS BÜHLER UND ANTONIO FUMAGALLI, MOSKAU

Die acht Syrerinnen und Syrer eilen nach vorne, kaum hat Maria Sacharowa die Fragestunde beendet, überreichen ihr ein Geschenk aus der Heimat und posieren für ein Erinnerungsfoto. Mit einiger Mühe ringt sich die Informationschefin des russischen Aussenministeriums nun ein Lächeln ab. Denn die eigens für die aus aller Welt eingeladenen Journalisten im Alter von 25 bis 35 Jahren veranstaltete Pressekonferenz zuvor ist nicht nach ihrem Gusto verlaufen: Ein tschechischer Reporter hat sie in ein minutenlanges Wortgefecht verwickelt und mit seiner Frage, wie sie den völkerrechtswidrigen Einmarsch auf die ukrainische Halbinsel Krim rechtfertige, beinahe zur Weissglut getrieben.

«Die Krim ist und war immer russisch», antwortete Sacharowa. «Nicht weil die russische Regierung das so wollte, sondern weil die Bevölkerung der Krim diesen Wunsch in sich trug.» Und: «Sie haben keine Ahnung. Sie wissen rein gar nichts.» Statt weiterhin an eine Welt jener Illusionen zu glauben, die uns westliche Massenmedien vorgesetzt, sollten wir die Augen öffnen und beispielsweise bedenken: «Die USA finanzierten den Terroristen Osama Bin Laden jahrelang, bevor sie ihn bekämpften. Und afghanische Drogen wurden während Jahrzehnten in ganz Europa konsumiert.»

«Putin zu Dank verpflichtet»

Dank der Vertreter der - wie wir Journalisten - von der russischen Regierung nach Moskau eingeflogenen syrischen «Nichtregierungsorganisation», die sich als treue Anhänger ihres Präsidenten Baschar al-Assad entpuppen, hat Sacharowa wenigstens einen versöhnlichen Abgang. «Wir sind Wladimir Putin und seiner Regierung zu grossem Dank verpflichtet, weil sie uns im Kampf gegen Terroristen und Kriminelle zu Hilfe geeilt sind», sagen sie.

Der Umgang Sacharowas mit kritischen Fragen hat uns an den Vortag erinnert, als wir die staatliche russische Nachrichtenagentur Sputnik besuchten und uns deren Auslandschef Anton Anisimov Red und Antwort stand (Ausgabe von gestern). Auf unsere Frage, weshalb die «Reporter ohne Grenzen» sein Land auf der alljährlichen Rangliste der Pressefreiheit heuer lediglich auf Platz 148 von 180 klassiert hätten, wenn doch seiner Meinung nach alles zum Besten stünde, antwortete er mit einer Gegenfrage: «Wo hat diese Organisation ihren Sitz?» Anisimov gab die Antwort gleich selbst. «In Paris. Sie ist vom Westen finanziert und erstellt entsprechende Gutachten.»

Ob bei Sacharowa oder Anisimov: Ihre Strategie ist eine Mischung aus Verschwörungstheorie und Argumentationsumkehr - selbst wenn es bei uns Defizite geben sollte, sind die euren noch viel grösser.

Um den Ruf Russlands im Westen zu verbessern, hofiert die russische Regierung nicht nur Journalisten, die sie im Vier-Sterne-Hotel im Stadtzentrum einquartiert, die Sehenswürdigkeiten rund um den Roten Platz zeigt und ins Ballett einlädt. Ähnliche Workshops gibt es auch für andere Branchen wie etwa Ingenieure. «Wir sind ein Instrument der russischen Aussenpolitik. Mit uns wird versucht, Ziele mittels «Soft Power» zu erreichen», sagt Natalia Eremina, stellvertretende



«Sie haben keine Ahnung, Sie wissen rein gar nichts.»

Maria Sacharowa
Die Informationschefin im russischen Aussenministerium zu einem tschechischen Reporter

Leiterin humanitäre Zusammenarbeit und Jugendpolitik von Rossotrudnichestvo, einer staatlichen Abteilung, die man wohl am besten mit Imagebehörde übersetzt. Dass wir beiden Schweizer in unserer Reisegruppe abgesehen von zwei dänischen Radiojournalisten die einzigen Westeuropäer sind, sei Zufall, sagt Eremina. «Nur US-Amerikaner laden wir nie ein.»

«Amerikaner laden wir nie ein»

Zur russischen Aussenpolitik gehören nebst Besichtigungstouren auch andere, unzimperlichere Methoden. Im Frühjahr 2015 enthielt die Investigativjournalistin Ludmilla Sawtschuk mittels Undercover-Recherche, wie von einem Bürokomplex in der Millionenstadt St. Petersburg aus versucht wird, die öffentliche Meinung im Westen zu beeinflussen. Rund 400 sogenannte Internet-Trolle würden in dieser Zentrale der russischen Online-Propaganda arbeiten, berichtete sie - ein jeder müsse eine tägliche Quote an Kommentaren auf westlichen Nachrichtenportalen erfüllen. Sie selbst habe in einer Abteilung gearbeitet, in der Mitarbeiter Blogs von fiktiven Personen schrieben, erzählte sie damals der «Welt». Darunter eine Wahrsagerin, die eine düstere Zukunft für Deutschland und die Europäische Union prognostizierte. Nach der Enthüllung sei die Trollfabrik nicht etwa geschlossen worden, berichtete die deutsche Tageszeitung kürzlich. Sie sei bloss einige Strassen weiter in ein neues Gebäude gezogen.

Auch im zurückliegenden Wahlkampf um die US-Präsidentschaft spielte Russland eine Hauptrolle: Das US-Ministerium für Inlandssicherheit jedenfalls ist überzeugt, dass der Kreml hinter den Hackerangriffen gegen die demokratische Kandidatin Hillary Clinton stand, die sie beim Duell gegen den Republikaner Donald Trump womöglich die entscheidenden Stimmen kosteten. Freilich setzt nicht nur Putin auf Propaganda: In der Hoffung, vermeintlichen Konsens in ausländischen Onlineforen und auf sozialen Medien herzustellen, setzt beispielsweise auch das US-Militär schon seit Jahren auf Bots und Fakeaccounts. Und ein Onlineportal wie das Trump nahestehende rechtskonservative Breitbart News Network ist mit Sputnik und RT zumindest dahingehend zu vergleichen, als es vorgibt, eine Alternative zu den «Mainstream-Medien» darzustellen und in seinen Berichten eine Geschichte in aller Regel bloss von einer Seite beleuchtet (siehe Text rechts).

Auftrieb für Feindseligkeit

Zersetz wird damit nicht nur der Glaube an die Existenz einer Wahrheit, geschürt wird auch gegenseitige Feindseligkeit. Als das (vom Staat unabhängige) russische Meinungsforschungszentrum Lewada 1989 fragte, ob das Land Michail Gorbatschows Feinde habe, antworteten 13 Prozent mit Ja. 24 Jahre später, nach vor Ausbruch des Ukraine Konflikts, antworteten auf die gleiche Frage 78 Prozent der Bürger Putins mit Ja. Gleichzeitig betrachten gemäss einer Umfrage des Instituts Gallup vom vergangenen Februar 86 Prozent der US-Bürger die militärische Kraft Russlands als Bedrohung.

Auch uns 31 Jungjournalisten lässt die viertägige Propagandareise nicht kalt. Wen aus unserer Reisegruppe wir auch fragen: Jede und jeder ist der Ansicht, wir befinden uns in einem Informationskrieg. Wir alle schauen besorgt in eine Zukunft, in der sich Ost und West wieder so unversöhnlich gegenüberzustehen scheinen wie zu einer Zeit, als wir noch nicht geboren waren.

Lesen Sie online:
So haben Jungjournalisten aus Argentinien, Brasilien, Ecuador, Dänemark, Indonesien, Marokko,

Tschechien und Südafrika die Propagandareise nach Moskau erlebt.

Schauen Sie online:
Videoeindrücke unserer Reporter in Moskau und während des dreitägigen Medienworkshops

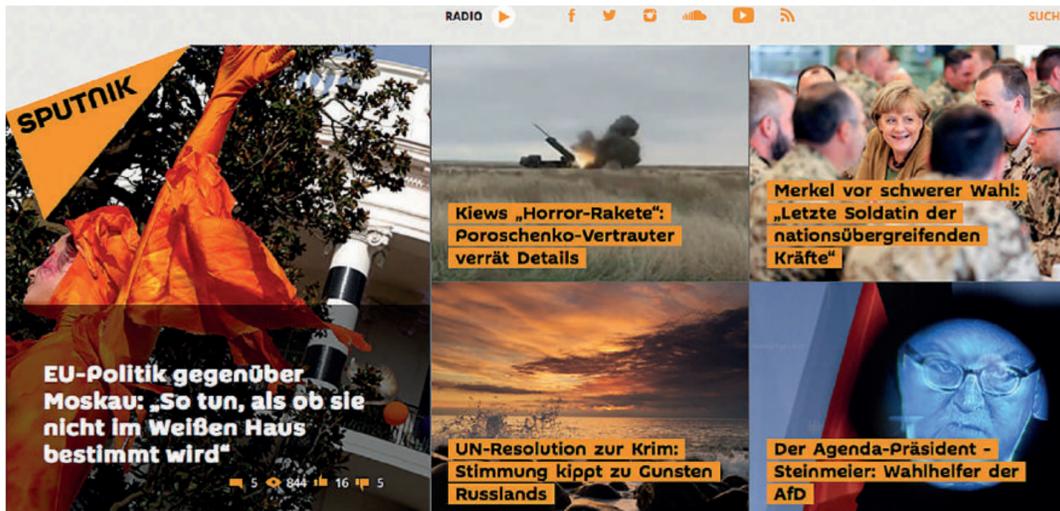
Interview mit Workshop-Veranstalterin Natalia Eremina, Projektleiterin «New Generation» bei Rossotrudnichestvo, der Behörde des russischen Auswärtigen Departements für Kulturaustausch



Wahrheit: Es gibt keine Objektivität, sagt Kursleiter Oleg Dmitriev.



Im Fokus: Ecuadorianischer Jungjournalist auf dem Roten Platz. FOTOS: ALEXANDER KOLCHIN/ROSSOTRUDNICHESTVO



Alternativer Blickwinkel: Die Nachrichtenagentur Sputnik nimmt für sich in Anspruch, Unerzähltes zu erzählen.

SCREENSHOT SPUTNIK

Gegen Merkel, Europa und das Establishment

Wer die internationalen russischen Online-News konsumiert, taucht tief ein in eine Parallelwelt. Wir haben das gestern getan.

VON DENNIS BÜHLER

Die folgenden drei Schlagzeilen dominierten gestern Mittag die Frontseite des deutschsprachigen Ablegers der russischen Nachrichtenagentur Sputnik: «EU-Politik gegenüber Moskau: So tun, als ob sie nicht im Weißen Haus bestimmt wird», «Frank-Walter Steinmeier: Wahlhelfer der AfD», «Merkel vor schwerer Wahl: Letzte Soldatin der nationsübergreifenden Kräfte». Die Auswahl illustriert, was die Newsmacher meinen, wenn sie ihr Portal mit dem Slogan bewerben, es berichte über Themen, die andere verschweigen: einen bunten Mix aus Angriffen gegen das Establishment (Steinmeiers SPD und Merksels CDU), martialischen Tönen («letzte Soldatin») und Verschwörungstheorien («Achse Washington-Berlin»).

Nach demselben Muster funktioniert «Der fehlende Part», die populärste Sendung des TV-Senders RT Deutsch, die bei Youtube jede Woche rund 30 000-mal angeschaut wird. In der aktuellsten Ausgabe ordnen «Experten» ein, was die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten für das Verhältnis USA-Russland bedeutet. Zu Wort kommen:

■ Alexander Neu, Bundestagsabgeordneter der Linken, der sein Land aus der «US-Abhängigkeit» befreien und stattdessen eine gemeinsame Sicherheitspolitik von Lissabon bis Wladivostok etablieren will.

■ Rainer Rothfuss, «geopolitischer Analyst» und ehemaliger Professor der Universität Tübingen, der 2015 als Chef der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte abgewählt wurde, nachdem er sich kritisch zur Rolle der EU und der Nato sowie ukrainisch-faschistische Kräfte im Ukraine-Konflikt geäussert hatte.

■ Hannes Hofbauer, Autor von «Feindbild Russland», der zur anti-imperialistischen Linken Österreichs gezählt wird.

■ Thomas Fasbender, Gründer der Deutsch-Russischen Wirtschaftsnachrichten, dessen Buch «Freiheit statt Demokratie - Russlands Weg und die Illusionen des Westens» 2014 erschien und der regelmässig für die «Weltwoche» schreibt: Lobeshymnen auf Wladimir Putin, Reportagen von der Krim und eigenwillige Analysen des Ukraine Konflikts («Putin ist an allem schuld: In der Ukraine steigen die Spannungen, aber Kiew kann sich weiter auf den blinden Schutz des Westens verlassen»).

Antiwestliche Kronzeugen

Der Einsatz von «Experten», welche die russischen Thesen legitimieren, hat System. Ob sie vom linken oder rechten Rand kommen, spielt keine Rolle. Politiker der Linken werden genauso oft in Sendungen eingeladen wie jene der AfD (Vize-Parteichefin Beatrix von

Storch wurde gestern mit den Worten zitiert: «Trump ist die grosse Chance für Europa»). Jeder westliche Kritiker, der den Westen kritisiert, taugt zum -scheinbar objektiven - Kronzeugen.

Wie gerufen kommt da auch der Berliner Filmemacher und Journalist Uli Gellermann, Herausgeber eines obskuren Blogs namens «Rationalgalerie». In «Der fehlende Part» wird er befragt, wann immer die Redaktion eine Schelte der «Lügenpresse» wünscht. «Mediale Narrative und Mehrheitspositionen in den Medien entstehen durch galoppierende Dummheit», analysiert er in der neuesten Sendung die Gründe, weshalb RT Deutsch seit seiner Gründung vor zwei Jahren kritisch beäugt wird.

Eine weitere gängige Methode russischer Propaganda ist das Erzeugen von «Informationslärm» («FAZ»): Ein kleiner, unbekannter Blog publiziert eine Nachricht, die erst von weiteren dubiosen Websites wiederholt und dann von einem grösseren Medium wie Sputnik oder RT mit dem Verweis auf Internetquellen aufgenommen wird. Auch eine der eingangs erwähnten Schlagzeilen des gestrigen Tages kam so zustande.

Wirtschaftsverbände greifen «eigene» Partei an

Zuwanderungsinitiative Wirtschaftsverbände kämpfen auch gegen ständerätlichen «Inländervorrang medium» der FDP

VON JONAS SCHMID

Ein Chefbeamter schwingt sich zum Politiker auf: Noch bevor der Ständerat über die Zuwanderungsfrage entschieden hat, fährt ihm Bruno Sauter, Vorsteher des Zürcher Wirtschaftsamts, in die Parade. Gegenüber der «NZZ» zerzauste er gestern den verschärften Inländervorrang der Ständeratskommission.

Er sieht vor, dass Arbeitgeber in Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit und Zuwanderung den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) ihre offenen Stellen melden. Die RAV sollen der Firma geeignete Kandidaten zuweisen, die diese zum Bewerbungsgespräch einladen muss. Eine Nichtanstellung muss das Unternehmen kurz begründen. Pikant: Architekt des Vorschlags ist ausgerechnet der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller.

Er und seine Partei kämpfen in aller Regel gegen die wuchernde Bürokratie.

Für Arbeitgeber sei die Lösung «brutal», der Aufwand zu gross, findet Sauter. Er geht zudem davon aus, dass es zu Klagen von Personen käme, die sich diskriminiert fühlen. Es drohe eine «Flut von Rechtsfällen».

Sauter spricht den Wirtschaftsverbänden aus dem Herzen. Das Konzept bedeute für die Arbeitgeber einen relativ komplizierten Ablauf mit Pflichten, Pflichten und nochmals Pflichten, sagte Roland A. Müller, Direktor des Arbeitgeberverbands. Besonders hart treffen würde es Klein- und Kleinstbetriebe, meint Hans-Ulrich Bigler, Direktor des KMU haben weniger als zehn Mitarbeitende. Das heisst, zusätzliche Bewerbungsgespräche und die Begründungspflicht lassen grösstenteils auf dem Chef.» Grosskonzerne könnten diese Aufgaben hingegen auslagern.

«Bis an die rote Linie»

Werden die Freisinnigen dem geballten Widerstand der Wirtschaft standhalten? So sieht es aus. «Die Wirtschaftsverbände vergessen, dass wir die Verfas-

sung umsetzen müssen», sagt der Appenzeller FDP-Ständerat Andrea Caroni. Er fühle sich gedrängt, «jedenfalls bis an die rote Linie des Freizügigkeitsabkommens zu gehen». Deshalb habe man aus einem «Inländervorrang light» einen «Inländervorrang medium» gemacht.

«Einfaches Konzept»

Dieser sei keineswegs ein Bürokratiemonster. Im Gegenteil: «Wir haben ein einfaches Konzept für einzelne Berufe entwickelt, bei denen Arbeitslosigkeit und Zuwanderung hoch sind.» Man beschränke sich auf Problembereiche, betroffenen wären lediglich 1,5 Prozent aller Stellen. Das Nationalratsmodell hingegen beruhe auf einem Schwellenwert. «Die Indikatoren, die diesen definieren sollen, sind kompliziert und nicht durchdacht.»

Die teuerste Lösung sei aber der harte Inländervorrang der SVP. «Diese will das alte System mit Kontingenten und Nachweispflicht für jeden Einzelfall wieder aus der Schublade nehmen.» Dazu die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter: «Als Tochter eines Gewerblers weiss ich, was das

frühere Kontingentsystem bedeutete. Mein Vater musste nachweisen, dass die Stelle ausgeschrieben, das Bewerbungsverfahren korrekt durchgeführt und der Arbeitsvertrag ausgestellt worden war.» Ein solches Regime für Gesuche von 60 000 Grenzgängern und 140 000 EU-/Efta-Bürgern sei unglaublich bürokratisch.

Indem der Ständerat den Inländervorrang verschärft, ohne die Freizügigkeit zu verletzen, schafft er eine Differenz zum Nationalrat. «Der politische Prozess wird zeigen, inwieweit diese beiden Konzepte kombiniert werden können», sagt Keller-Sutter kryptisch. Das Parlament könnte noch Abstriche machen, etwa die Begründungspflicht streichen. Gut möglich, dass sich so auch die Wirtschaftsverbände besänftigen lassen. Denn auch ihnen ist viel gelegen an einer raschen, mehrheitsfähigen Lösung, die die Freizügigkeit respektiert und rechtzeitig die Voraussetzungen zur Ratifizierung des Kroatien-Protokolls schafft.

Wir über uns

Google fördert erneut ein Medienprojekt der AZ Medien

Google wird aus seinem Innovationsfonds für Medien in der zweiten Runde 24 Millionen Euro an 124 Projekte aus 25 europäischen Ländern ausschütten. Dies wurde gestern bekannt gegeben. Aus der Schweiz erhalten die Projekte von AZ Medien Digital und Le Temps Fördergelder. Sie werden mit insgesamt 245 000 Euro unterstützt. AZ Medien Digital ist der eigenständige Digitalbereich des Medienunternehmens AZ Medien, das unter anderem den Verbund der regionalen Tageszeitungen «az Nordwestschweiz» herausgibt.

Die Aktion von Google ist Teil der Digital News Initiative (DNI), für die der Konzern einen Fördertopf von 150 Millionen Euro eingerichtet hatte. Insgesamt sollten bislang 51 Millionen Euro ausgeschüttet worden sein. (SDA/ASCO)

schnell und einfach neue mobile Apps für Smartphones erstellt werden können. «Wir freuen uns natürlich sehr, schon zum zweiten Mal hintereinander zusammen mit Google ein Projekt im Rahmen der Digital News Initiative realisieren zu können. Das zeigt, dass AZ Medien Digital auch in Sachen digitale Innovation inzwischen zu den führenden Medienhäusern der Schweiz gehört», lässt sich Peter Neumann, Chief Digital Officer der AZ Medien, zitieren.

Die Aktion von Google ist Teil der Digital News Initiative (DNI), für die der Konzern einen Fördertopf von 150 Millionen Euro eingerichtet hatte. Insgesamt sollten bislang 51 Millionen Euro ausgeschüttet worden sein. (SDA/ASCO)